

Informationen über die Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten gemäß EU Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) (Stand 30.04.2021)

Sehr geehrte Klientin, Sehr geehrter Klient,

der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ist uns wichtig. Nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sind wir verpflichtet, Sie darüber zu informieren, zu welchem Zweck im Zentrum für tuberkulosekranke und -gefährdete Menschen personenbezogene Daten erhoben, gespeichert oder weitergeleitet werden. Dieser Information können Sie auch entnehmen, welche Rechte Sie bezüglich des Datenschutzes haben.

Name und Anschrift der verantwortlichen Stelle im Sinne der Datenschutz- Grundverordnung
Bezirksamt Lichtenberg von Berlin, 10360 Berlin

Name und Anschrift des Datenschutzbeauftragten (DSB) als Verantwortlicher

Herr Meyer, E-Mail: behDSB@lichtenberg.berlin.de
Postanschrift: Bezirksamt Lichtenberg von Berlin, Behördlicher Datenschutzbeauftragter, 10315 Berlin
Dienstsitz: Bezirksamt Lichtenberg von Berlin, Behördlicher Datenschutzbeauftragter, Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin

Art und Umfang der Datenverarbeitung

Das Zentrum für tuberkulosekranke und -gefährdete Menschen (überregionales Gesundheitsamt zuständig für ganz Berlin gemäß § 2 GDZustVO) verarbeitet, speichert und exportiert die vom Arzt/Labor mitgeteilten personenbezogenen Daten auf Grundlage des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz- IfSG), um übertragbaren Krankheiten beim Menschen vorzubeugen, Infektionen frühzeitig zu erkennen und ihre Weiterverbreitung zu verhindern.

Zusätzlich werden Daten zu Röntgenaufnahmen gemäß der Verordnung über den Schutz vor Schäden durch Röntgenstrahlen (Röntgenverordnung- RöV) archiviert. Die Daten werden gelöscht, wenn sie zur Erfüllung der Aufgaben nicht mehr benötigt werden oder weitere Rechtsnormen dies zwingend bestimmen (siehe Abschnitt Dauer der Speicherung).

In bestimmten gesetzlich definierten Fällen werden pseudonymisierte Informationen an das Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin sowie andere teilweise ausländische Institutionen weitergegeben, sofern dies nach internationalen Rechtsnormen erforderlich ist.

Bei der Delegation von hoheitlichen Aufgaben an Leistungsträger im privatwirtschaftlichem Raum werden die Datenübermittlungen gemäß den gesetzlichen Anforderungen in Kooperation mit den zuständigen Datenschutzbeauftragten evaluiert und das Verfahren erst nach einer Bestätigung der Unbedenklichkeit freigegeben.

Sie haben das Recht auf Auskunft und Berichtigung der Daten, wenn dieses Begehren nicht die Rechte Dritter verletzt. Eine Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder ein Widerspruch sind nur möglich, wenn dies dem zugrundeliegendem Gesetz nicht widerspricht (siehe unten).

Die Dokumentation und Speicherung von personenbezogenen Daten (Name, Anschrift, Geburtsdatum) sowie festgestellter Symptome, Diagnosen, Ihrer Schilderungen aus der Lebens- und Krankheitsgeschichte, ärztlicher Befunde, Probleme bei der Lebensbewältigung etc. erfolgen in Form einer Papierakte und auch elektronisch. Außerdem wird die eingehende Post (z.B. Anfragen, Mitteilungen, ärztliche Befunde oder Bescheide) archiviert.

Bei Hilfestellung bei Anträgen für weitere Behörden durch den Sozialdienst des Zentrums, z. B. Antrag auf Grundsicherung, Anträge bei Krankenversicherungen, Wohnangelegenheiten oder sonstigen Leistungsträgern, wird immer Ihr Einverständnis abgefordert.

Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung

Mit folgenden Rechtsgrundlagen kann die Datenerfassung und -speicherung hauptsächlich begründet werden.

Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (IfSG)

(Verweis auf Gesamttext, hauptsächlicher Bezug auf:

§ 6 Meldepflichtige Krankheiten

§ 7 Meldepflichtige Nachweise von Krankheitserregern

§ 10 Nichtnamentliche Meldung

§ 11 Übermittlungen durch das Gesundheitsamt und die zuständige Landesbehörde

§12 Meldungen an die Weltgesundheitsorganisation und das Europäische Netzwerk)

Verordnung über den Schutz vor Schäden durch Röntgenstrahlen (RöV)

(Verweis auf Gesamttext, hauptsächlicher Bezug auf:

§ 16 Qualitätssicherung bei Röntgeneinrichtungen zur

Untersuchung von Menschen

§ 28 Aufzeichnungspflichten, Röntgenpass)

Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e EU-DSGVO bildet in Verbindung mit § 3 Berliner Datenschutzgesetz die Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung. Die Datenerhebung ergibt sich aus den folgenden gesetzlichen Grundlagen, nach denen wir als fachspezifisches Zentrum des Gesundheitsamtes tätig sind, beispielhaft v. a.:

Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG), Berliner Gesundheitsdienstgesetz (GDG), Sozialgesetzbuch (SGB I-XII), Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Gesetz über das Leichen- und Bestattungswesen (Bestattungsgesetz), Gesetz zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) (IGV Durchführungsgesetz-IGV-DG).

Zudem ist das Gesundheitsamt verpflichtet, sein Handeln zu dokumentieren. Dies ergibt sich aus der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Berliner Verwaltung (GGO I §§ 55-63), aus §§ 630 ff. BGB sowie aus § 10 der Berufsordnung für Ärzte.

Alle personenbezogenen Daten unterliegen der ärztlichen Schweigepflicht und werden nur mit Ihrer Zustimmung an Dritte (z.B. an Ihren behandelnden Arzt/ Klinik)

weitergegeben. Nur in gesetzlich geregelten Ausnahmefällen dürfen Daten ohne Ihre Zustimmung an Dritte weitergegeben werden. Dies trifft sehr selten zu, wenn etwa ein gesetzlicher Notstand gemäß § 34 Strafgesetzbuch (StGB) vorliegt, Straftaten nach § 138 StGB verhindert werden sollen oder eine Meldung im Rahmen des Bundeskinderschutzgesetzes (BKisSchG) erfolgt.

Je nachdem, welche Beratungsleistung Sie in Anspruch nehmen, werden unterschiedliche Daten erhoben. In einigen Beratungssituationen ist auch eine anonyme Beratung möglich.

Zweck der Datenverarbeitung

Die Datenverarbeitung ist i. d. R. Voraussetzung für Ihre Beratung und die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Zentrums (siehe oben). Werden die notwendigen Informationen nicht bereitgestellt, können eine sorgfältige Bearbeitung ihres Anliegens oder eine medizinische Behandlung nicht erfolgen oder entsprechende Anträge nicht gestellt werden. Des Weiteren sind die erhobenen Daten für die Organisation des Zentrums erforderlich. Die Weitergabe von statistischen Angaben für die Öffentlichkeit (z.B. Gesundheitsberichterstattung) erfolgt ausschließlich in der Form von anonymisierten Summenwerten.

Dauer der Speicherung

Für die im Zentrum für tuberkulosekranke und -gefährdete Menschen erhobenen Daten und Papierakten gelten entsprechend den o. g. rechtlichen Regelungen nach letztem Kontakt Aufbewahrungsfristen von mindestens 10 Jahren (ärztliche Berufsordnung). Darüber hinaus kann eine im Verhältnis stehende längere Archivierung in seltenen Einzelfällen angezeigt sein. Anschließend werden die Daten gelöscht bzw. vernichtet.

Rechte der betroffenen Person

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet und sind Sie damit Betroffener i. S. d. EU-DSGVO, so haben Sie gegenüber dem Verantwortlichen folgende Rechte:

Auskunftsrecht (Artikel 15 EU-DSGVO)

Sie haben das Recht auf Auskunft seitens der Verantwortlichen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten (Akteneinsicht), die Empfänger, gegenüber denen Daten offengelegt wurden und über die Herkunft der Daten, wenn die Rechte Dritter dem nicht entgegenstehen.

Recht auf Berichtigung (Artikel 16 EU-DSGVO)

Sie können die Berichtigung unrichtiger Daten zu Ihrer Person verlangen. Unvollständige Daten müssen unter

Berücksichtigung des Zwecks der Verarbeitung vervollständigt werden.

Recht auf Löschung (Artikel 17 EU-DSGVO)

Sie haben grundsätzlich das Recht, die Löschung Ihrer Daten zu verlangen; dem können jedoch die o. g. Rechtsgrundlagen, d.h. die gesetzlich vorgeschriebenen Aufbewahrungsfristen, entgegenstehen.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 EU-DSGVO)

Dieses können Sie wahrnehmen, solange Fragen der Richtigkeit der Daten oder deren Löschung noch ungeklärt sind.

Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 EU-DSGVO)

Sie können verlangen, eine Kopie der Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem üblichem und maschinenlesbarem Dateiformat zu erhalten.

Widerspruchsrecht (Artikel 21 EU-DSGVO)

Sie haben grundsätzlich ein Widerspruchsrecht auch gegen rechtmäßige Datenverarbeitungen, die im öffentlichem Interesse liegen, die in Ausübung öffentlicher Gewalt oder aufgrund des berechtigten Interesses einer Stelle erfolgen.

Beschränkungen (Artikel 23 EU-DSGVO)

Zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder zur Wahrung von Rechten und Freiheiten anderer

Sie finden weiterführende Informationen zu Tuberkulose und das Zentrum für tuberkulosekranke und -gefährdete Menschen auf unserer Internetseite:



Oder Sie folgen den Menüpunkten unter www.berlin.de → Bezirksamt Lichtenberg → Auf einen Blick → Bürgerservice → Gesundheit → Zentrum für tuberkulosekranke und -gefährdete Menschen

Personen kann es zur Beschränkung der o. g. Rechte kommen.

Benachrichtigung bei Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten (Artikel 34 EU-DSGVO)

Kommt es zu einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten und birgt diese ein hohes Risiko für Ihre persönlichen Rechte und Freiheiten, so benachrichtigt der Verantwortliche Sie unverzüglich darüber.

Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Sie haben gemäß Art. 77 EU-DSGVO das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten rechtswidrig erfolgt.

Hierzu können Sie Kontakt aufnehmen mit der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Friedrichstraße 219, 10969 Berlin, Tel (030) 13889-0, Fax (030) 2155050, E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de

(<https://www.berlin.de/ba-lichtenberg/auf-einen-blick/buergerservice/gesundheit/artikel.297864.php>)